

Die Energieoligarchie

Wie die massive Verflechtung von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft den Klimaschutz behindert

Internationale Expertengremien legen einen Bericht nach dem anderen vor, in dem vor unumkehrbaren und verheerenden Folgen des Klimawandels gewarnt und zu schnellen Taten aufgerufen wird. Diese Rhetorik hat auch die Bundesregierung erreicht, doch es klafft noch immer ein Abgrund zwischen Worten und Taten: Mal empfiehlt sich Gabriel in Bali als Weltretter, mal als Vertreter der Automobilindustrie. Mal verfolgt Merkel ehrgeizige Klimaschutzziele auf einem G8-Gipfel, mal denkt sie über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken nach. Der Kampf für eine nachhaltige und erneuerbare Energieversorgung erscheint vor diesem Hintergrund oft als der berühmte Kampf gegen Windmühlen: Die zwingende Logik der Argumente für Erneuerbare Energien vermag sich in der Politik nicht durchzusetzen. Einer der Gründe dafür liegt in der engen Verflechtung von fossiler Energiewirtschaft und Politik.

Die Politik

Am 7. Februar 2008 hielt der ehemalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) eine Rede vor dem Deutschen Atomforum und forderte eine Revision des Atomausstiegs. Herr Clement ist mittlerweile im Aufsichtsrat der RWE Power AG, einem der vier deutschen fossilen Stromkonzerne mit marktbeherrschender Stellung. So kam es auch nicht von ungefähr, dass Clement seiner Parteigenossin Ypsalanti im hessischen Wahlkampf mehrfach in den Rücken fiel, indem er vor ihrer „Deindustrialisierungsagenda“ warnte - gemeint war das unter maßgeblicher Mitarbeit des SPD-Politikers Hermann Scheer ausgearbeitete Konzept zur Umstellung der Energiewirtschaft auf Erneuerbare Energien. Clement ist dabei leider kein Einzelfall:

Die Verflechtung von Energiewirtschaft und Politik verhindert Klimaschutz

Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat sich unmittelbar nach Ende seiner Amtszeit in den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden eben jenes Konsortiums katapultiert, welches er zuvor noch eingefädelt hat. So verdient er nun kräftig am Bau der Ostseepipeline mit. Schon unter seiner

Regierung wurde durch den Wirtschaftsminister Werner Müller per Ministererlaubnis das durchgedrückt, was das Kartellamt noch verhindert hatte: Die Fusion von EON und Ruhrgas. Seit Jahren stetig steigende Preise für Gas und Strom zeigen die überdeutlichen Nachteile dieser Klientelpolitik.

Nicht nur ehemalige Minister, auch amtierende stehen in enger Verbindung zu dem fossilen Kartell in Deutschland: Horst Seehofer fordert schon mal das Auslaufen des überaus erfolgreichen Erneuerbare Energien Gesetzes, setzt sich für die Atomkraft ein und meint tatsächlich, durch günstigere Preise allein sei mehr Klimaschutz möglich als durch das EEG. Und Wirtschaftsminister Michael Glos wettet bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen Klimaschutzmaßnahmen: Ob Nationaler Allokationsplan, Reduzierung der Gesamtemissionen oder Atomausstieg: Michael Glos vertritt energisch die Interessen der fossilen Energiewirtschaft. Wenig verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, dass auch Glos bis 2004 im Aufsichtsrat der E.ON Bayern AG war

Auf einen Blick



Wolfgang Clement
Aufsichtsrat von RWE



Gerhard Schröder
Aufsichtsratsvorsitzender NEGP Company (Ostsee-Pipeline)



Michael Glos
Ehem. Vorstand der E.ON Bayern AG, Wirtschaftsminister



Lars Josefsson
Vorstandsvorsitzender Vattenfall Europe, Merkel-Berater

Geradezu folgerichtig erscheint es da, dass Angela Merkel mit Lars Josefsson den Chef des zweitgrößten CO2-Emittenten Europas (Vattenfall Europe) und Herren über Deutschlands pan-nenträchtigtste Kernreaktoren zu ihrem persönlichen Klimaberater gemacht hat.

Amtierende Abgeordnete

Auch der Präsident des Bundestages, Norbert Lammert (CDU), sitzt in einem Aufsichtsrat - dem der RAG, einem bedeutenden Bergbau- und Kohleunternehmen. Herr Lammert kann bis zum heutigen Tage keine Interessenkonstellation mit seinem Amt als Repräsentant der Volksvertretung erkennen...

Joachim Pfeiffer (CDU/CSU), ebenfalls Abgeordneter des Bundestages, kennt die Energiewirtschaft aus eigener Erfahrung: Von 1992 bis 1997 war er in der Energie-Versorgung Schwaben beschäftigt, die 1997 mit der Badenwerk AG zu EnBW fusionierte. Die EnBW hat einen Atomstromanteil in der Energieversorgung von 55 Prozent. Herr Pfeiffer meint denn auch zum Thema Atomausstieg: "Mit unserer Atompolitik sind wir keine Vorreiter, sondern die letzten Mohikaner".

Die Gewerkschaften

Die Fänge des fossilen Systems machen auch vor den Gewerkschaften nicht halt. So kann Hubertus Schmoldt in seiner Funktion als Vorsitzender der IG BCE auf seinen Posten als Aufsichtsratschef der E.ON AG verweisen. Nebenbei bleibt auch noch Zeit, den Job des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bei RAG AG, BP AG und RAG Coal International AG wahrzunehmen. Die Klimaschutzpolitik der EU-Kommission beschreibt er als "Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für die Energiewirtschaft".

Herr Schmoldt ist nicht allein. 2005 forderte er mehr Realismus in der Energie- und Umweltpolitik - zusammen mit Frank Bsirske, welcher Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist und Mitglied im Aufsichtsrat von RWE. Die Forderung wurde von EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall Europe mitveröffentlicht. Das Papier forderte quasi die Rücknahme sämtlicher Klimaschutzmaßnahmen und - natürlich - eine ideologiefreie Bewertung der Kernenergie...

Power to the People!

Die Liste der Verflechtung ließe sich beliebig fortsetzen. (Weiter geht es im Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer von Greenpeace) Die Drehtür zwischen Politik und Energiewirtschaft ist ein Skandal, aber trotzdem nur Symbol eines tiefer liegenden Problems: der strukturellen Übermacht der vier großen Energiekonzerne. So lange es Energiekonzerne gibt, werden sie massiv Einfluss auf die Politik nehmen. Der einzige Weg zur radikalen (und dringend notwendigen) Trennung von Staat und Energiekonzernen führt daher letztlich nur über die Auflösung letzterer. Unter dem Motto „Power to the People!“ fordert attac daher die Enteignung, Zerlegung und Demokratisierung der Stromkonzerne.

Weitere Infos:

Stromkonzernkampagne von attac: www.attac.de/energiekonzerne

Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer:

www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Verflechtung_Energiewirtschaft_Politik.pdf

Blog der AG Globalisierung und Ökologie: www.attac.de/klima



Hubertus Schmoldt
Vorsitzender IG BCE,
u.a. Aufsichtsratschef
der E.ON AG



Frank Bsirske
Vorsitzender ver.di,
Mitglied im
Aufsichtsrat von RWE

Der attac-Basistext zum Klimawandel:

**Wem gehört der Him-
mel? Das Klima in der
Globalisierungsfalle**

Jetzt im Buchhandel oder im
attac Webshop unter

[http://www.attac.de/service/mat-
erialbestellung/shop/index.php](http://www.attac.de/service/materialbestellung/shop/index.php)

